

Streit um 1,1 Milliarden für klamme Kommunen

NRW-Städtetag will Bundesmittel anders verteilen – OWL wäre im Nachteil

■ Von Ludmilla Ostermann

Düsseldorf/Bielefeld (WB). 1,1 Milliarden Euro sollen aus dem Bundesinvestitionspaket an klamme Kommunen in NRW fließen, 83,8 Millionen davon nach OWL. Diese Rechnung lehnt der Städtetag ab.

Der Interessenverband von 23 kreisfreien und 16 kreisangehörigen Städten legt einen eigenen Verteilungsschlüssel vor. Das würde für Kommunen in OWL 60,2 Millionen Euro vorsehen – 23,6 Millionen Euro weniger als von der NRW-Landesregierung vorgesehen. Die Forderung des Städtetages lehnt der Vizechef der CDU-Landtagsfraktion, André Kuper aus Rietberg (Kreis Gütersloh), ab: »Sie

würde bedeuten, dass 65 Prozent der Mittel ausschließlich an die Großstädte geht.«

Nach dem Entwurf des Städtetages würde Düsseldorf, die Stadt bekommt seit Jahren keine Schlüsselzuweisungen vom Land, mit 20 Millionen Euro

bedacht. »Dabei besteht bei uns in OWL ein für alle sichtbarer deutlicher Investitionsstau«, sagte Kuper dieser Zeitung.

Peter Jung, Vorsitzender des Städtetages, bemängelt, dass beim Verteilungsmodell der Landesregierung Kriterien wie Arbeitslosenquote und Verschuldung nur eine unzureichende Rolle spielten.

Der Regierungsvorschlag orientiert sich vornehmlich am Gemeindefinanzierungsgesetz. Mit dieser Regelung verteilt das Land jedes Jahr Milliarden an die Städte. »Die Ausschüttung mithilfe dieses bewährten Instruments würde einer juristischen Prüfung standhalten«, argumentiert Sigrid Beer (Paderborn), Parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen im Landtag.

In OWL würden nur Bielefeld, Herford und Bad Salzungen, Detmold und Porta Westfalica bei der Modellrechnung des Städtetages besser abschneiden. Andere Kommunen erhiel-

ten weniger. Ginge es nach dem Rechenmodell des Landes, würde Bielefeld 27,5 Millionen Euro zuteil, nach dem Vorschlag des Städtetages 29,2 Millionen Euro.

Auch der Städte- und Gemeindebund reagierte mit Unverständnis auf die Kritik am Gesetzentwurf der Landesregierung. Der Hauptgeschäftsführer des Verbandes, Bernd Jürgen Schneider, sagte, dass seit Jahren nur ein Bruchteil der NRW-Kommunen in der Lage sei, ihren Haushalt strukturell auszugleichen. Insofern spreche man in NRW besser nicht von »arm und reich«, sondern von »arm und sehr arm«. NRW erhält aus dem 3,5-Milliarden-Paket des Bundes einen überdurchschnittlichen Anteil. Heute will das Kabinett über die Verteilung entscheiden.

Seite 4: Kommentar



André Kuper, Vizevorsitzender der CDU-Landtagsfraktion.